

„Eine vorschnelle Anerkennung“

Kosovo-Experte Oliver Schmitt

Das Ansehen der Schweiz habe durch die frühe Anerkennung des Kosovo gelitten, sagt Experte Schmitt. Den Nutzen der Swisscoy hält er für gering.

INTERVIEW CHRISTOPH REICHMUTH

Oliver Schmitt, was halten Sie von den Vorwürfen Dick Marty gegen die kosovarische Befreiungsarmee UCI (sie habe serbischen Kämpfern Organe entnommen und diese weiterverkauft)?

Oliver Schmitt *: Diese Gerüchte sind nicht neu. Aber es gibt nach wie vor keine konkreten Beweise, und offiziell sind keine Zeugen bekannt. Die Argumentation Dick Marty, wonach er die Beweise zurückhalten zum Schutz der Zeugen, leuchtet jedoch ein. Bekanntlich war nicht einmal das UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag in der Lage, den Zeugenschutz im Prozess gegen den früheren Kosovo-Regierungschef Ramush Haradinaj zu gewährleisten. Zudem ist es allgemein bekannt, dass die Aufklärung von Organisierter Kriminalität (OK) ethnischer Albaner äusserst schwierig ist, weil in diesem spezifischen Milieu eine stark ausgeprägte Solidaritätsstruktur vorherrscht und die Aussagebereitschaft äusserst gering ist.

Dennoch: Müsste Dick Marty seine Beweise denn nicht jetzt vorlegen?

Schmitt: Dies wäre beim Stand der Dinge wichtig. Laut Herrn Marty wurden frühere kriminalistische Untersuchungen am «gelben Haus», in dem die Organentnahmen stattgefunden haben" sollen, jedoch nicht professionell durchgeführt. Und viele der mutmasslichen ehemaligen UCK-Gefängnisse sollen in Albanien liegen, doch bietet Albanien offenbar keine Hand zu Ermittlungen auf seinem Territorium und weist ja jegliche Mitverantwortung offiziell von sich. Um all die Vorwürfe aus der Welt zu schaffen, müsste eine internationale Kriminalisten-Kommission in Albanien und im Kosovo umfassend recherchieren dürfen und Zeugen ein zuverlässiger und wirksamer Schutz geboten werden. Eine solche unabhängige Untersuchung müsste eigentlich im Interesse der beiden betroffenen Regierungen liegen.

Verhindern auch die USA die Nachforschungen?

Schmitt: Hier muss ich mich auf den Bericht von Herrn Marty beziehen, wonach den USA eine starke Schutzfunktion für Kosovo und Albanien zugewiesen wird, weil für Washington politische Stabilität in den beiden Ländern oberste Priorität hat. Doch für eine international

koordinierte Aufklärung der Vorfälle in Albanien und Kosovo bräuchte es den politischen Willen der USA, die ein starkes Interesse an der Durchsetzung rechtsstaatlicher Normen auf dem Balkan haben sollten. Für die EU alleine wird es schwierig.

Regierungschef Thaci bezeichnete den Report als skandalös, zudem prüfe er rechtliche Schritte gegen Dick Marty. Wirkt seine Empörung glaubwürdig?

Schmitt: Einerseits ist bekannt, dass ähnliche Vorwürfe gegen kosovarische Politiker seit den Neunzigerjahren immer wieder von serbischer, bisweilen auch russischer Seite erhoben werden. Herrn Marty wird von albanischer Seite daher auch vorgeworfen, seit Jahren proserbische Positionen eingenommen zu haben. Auf der anderen Seite gibt es gute Gründe anzunehmen, dass sich die albanische organisierte Kriminalität und mutmassliche Kriegsverbrecher mit Hinweis auf solche politisch motivierte Vorwürfe vor Untersuchungen schützen. Daher müsste die kosovarische Regierung ein starkes Interesse haben, diese Vorwürfe endlich glaubwürdig zu widerlegen. Eine Klage gegen Herrn Marty wirkt in diesem Zusammenhang wenig überzeugend, da der Eindruck erweckt wird, er solle mundtot gemacht werden.

Im Kosovo lebt auch eine serbische Minderheit. Ist die innerstaatliche Stabilität des jungen Staates wegen der jüngsten Entwicklungen gefährdet?

Schmitt: In der albanischen Bevölkerung führen die Vorwürfe zu Solidarität mit dem Ministerpräsidenten, wie sie jetzt auch die Opposition im Parlament geübt hat. Und auch in den fünf Gemeinden, in denen die Parlamentswahlen vom Wochenende wegen Unregelmässigkeiten wiederholt werden müssen, verliert Thaci kaum an Boden. Im Gegenteil, denn dort liegt traditionell die Hochburg seiner Partei PDK. Belastet werden die geplanten Gespräche mit Serbien und eventuell auch das Verhältnis zu jenen Serben im zentralen und südlichen Kosovo, die an den Wahlen teilgenommen haben. Aussenpolitisch ist der Ansehensverlust für die Regierung des Kosovo gewiss ein Problem.

Die Schweiz hat als eines der ersten Länder die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt. Politiker schimpfen nun, das sei zu früh erfolgt. Was meinen Sie?

Schmitt: Die Frage ist berechtigt, ob die vorschnelle und frühe Anerkennung des Kosovo aus Schweizer Sicht geschickt war. Meiner Meinung nach hat dieses Vorgehen dem Ansehen der Schweizer Aussenpolitik punkto Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit nicht unbedingt gedient, das es international nicht optimal abgestimmt war. Es weist vieles darauf hin, dass auch in diesem Falle Aussenministerin Micheline Calmy-Rey einen Alleingang vorgenommen hat. Welches Ziel sie dabei neben einem
7/58
politisch wenig wertvollen Medienecho verfolgt hat, ist nicht ganz klar.

Die Anerkennung- der Unabhängigkeit war auch ein positives Zeichen an die in der Schweiz lebenden

Kosovaren.

Schmitt: Gewiss. Dennoch: Die Anerkennung der Unabhängigkeit war ein grosses Entgegenkommen der Schweiz gegenüber dem Kosovo. Auf Seiten des Kosovo liegt also der Prestigegewinn, immerhin wurde der Staat von einem Land wie der Schweiz mit hohem internationalem Ansehen anerkannt. Doch wenn neutralitätspolitische Werte zurückgestellt werden, dann wäre es sinnvoll, klassische Interessenpolitik zu betreiben und im Gegenzug zu einer Anerkennung vom Kosovo klar erkennbare Gegenleistungen zu verlangen. Offenbar war dies nicht der Fall, zumindest nicht in öffentlich wahrnehmbarer Weise.

Die Schweiz sorgt mit einem Kontingent von 220 Soldaten im Kosovo für Stabilität Finden Sie den Einsatz richtig?

Schmitt: Inwieweit ein militärischer Einsatz unter den besonderen Auflagen, denen Swisscoy ausgesetzt ist, sinnvoll ist, darf gefragt werden. Eigentliche militärische Macht im Kosovo haben primär die USA. Bedeutender ist auf jeden Fall die Entwicklungshilfe der Schweiz im zivilen Bereich.

Nach Angaben der UNO und der USA ist der Drogenhandel im Kosovo weit verbreitet, zudem würden mafïöse Strukturen in der Politik Einzug halten. Ist der Kosovo derart im Verzug?

Schmitt: Organisierte Kriminalität und Drogenhandel sowie Beziehungen der Kriminalität zur Politik gibt es in der gesamten Region, ist also nicht Kosovo- spezifisch. Doch spielt die organisierte Kriminalität im Kosovo eine erhebliche Rolle. Es ist dennoch falsch zu behaupten, die gesamte kosovarische Gesellschaft sei auf solch kriminellen Strukturen aufgebaut. Solche Klischees werden nicht zuletzt auch von serbischer und russischer Regierungsseite gestreut. Man sollte nicht vergessen, dass der Kosovo eine sehr junge Demokratie ist Die kosovarische Gesellschaft hat jahrzehntelang unter autoritären Regimes gelitten, ist durch den Krieg 1998/99 schwer zerrüttet worden, hat bis 1999 nie Demokratieerfahrung sammeln können und lernt erst jetzt langsam, mit demokratischen Strukturen umzugehen. Man kann das Land nicht mit etablierten Demokratien im Westen vergleichen, was aber eine energische Bekämpfung der organisierten Kriminalität nicht ausschliesst.

Wirtschaftlich steht es um den Staat nicht zum Besten: Fast alles wird importiert, es gibt kaum Industrie, das Aussenhandelsdefizit ist horrend.

Schmitt: Das ist richtig, im Kosovo wird kaum etwas produziert, das exportiert werden könnte. Das Land versucht nun via Bildung gute Arbeitskräfte heranzubilden. Das kann ein Weg in eine bessere Zukunft sein. Zudem muss der landwirtschaftliche Bereich Länder wie die Schweiz und Österreich sind hier aktiv - reformiert werden. Der Aufbau einer produzierenden Industrie steckt in den Kinderschuhen. Es ist eine Tatsache, dass ein Grossteil der rund 2 Millionen Kosovaren auf Gelder ihrer Landsleute in der Diaspora sowie auf Finanzhilfen des Westens

angewiesen sind.

HINWEIS

* Der gebürtige Basler Oliver Schmitt (37) ist Leiter des Instituts für osteuropäische Geschichte an der Universität Wien.

Zentralschweiz am Sonntag Meinungen: Braucht es eine Abkehr von der Kosovo-Politik?

Zentralschweiz am Sonntag, Seite 43 Meinung

19.12.2010

Braucht es eine Abkehr von der Kosovo-Politik?

Ein Bericht unterstellt der politischen Führung Kosovos eine kriminelle Vergangenheit. Hier debattieren zwei Nationalräte, was dies für die Schweizer Kosovo-Politik bedeutet.

Schweiz schützt Schwerverbrecher

Ulrich Schlüer*

Kosovos eine kriminelle Vergangenheit. Hier debattieren zwei Nationalräte, was dies für die Schweizer Kosovopolitik bedeutet. Die Schweiz hat andere Staaten immer nur anerkannt, wenn diese Recht und Ordnung auf dem eigenen Staatsgebiet mit eigenen Sicherheitsorganen garantieren und zweitens die Ernährung der eigenen Bevölkerung aufgrund eigener Wirtschaftsleistung sowie geordneter Handelsbeziehungen gewährleisten konnten. Beide Anerkennungsbedingungen hat Kosovo nie erfüllt. Trotzdem setzte Bundesrätin Calmy-Rey die Anerkennung des Kosovos überstürzt durch. Sie wollte sich als «Erste Anerkennerin» profilieren und sich damit eine herausragende, vor allem viel Medienpräsenz sichernde Sonderstellung bei allen Verhandlungen um die Zukunft Kosovos sichern.

Diese Erwartungen haben sich überhaupt nicht erfüllt. Die Schweiz hat mit ihrer unbedachten Anerkennung ein Regime gefördert, dem kriminelle Machenschaften vorgeworfen werden. Unsere im Kosovo stehenden Soldaten, die Swisscoys, schützen mutmassliche Schwerverbrecher, die der Mittäterschaft bei illegalem Organhandel dringend verdächtigt werden.

All diese Tatbestände waren längst vor dem Bericht Marty bekannt. Sie wurden der Aussenministerin, als Frau Calmy-Rey die Anerkennung Kosovos im Bundesrat gegen alle Bedenken durchboxte, vorgelegt - leider wirkungslos.

Heute ist festzuhalten: Es darf nicht sein, dass Schweizer Soldaten ein Verbrecher-Regime zu stützen haben. Das Kosovo-Abenteuer der Schweizer Armee ist unverzüglich abubrechen Und die Anerkennung des Kosovos als selbstständiger, handlungsfähiger, ehrenhafter Staat ist rückgängig zu machen.

HINWEIS

► * Ulrich Schlüer ist Zürcher SVP-Nationalrat und Mitglied der Aussenpolitischen Kommission.

UNO-Vorgaben sind umzusetzen

Geri Müller*

Die Vorwürfe an die kosovarische Befreiungsarmee UCK sind happig. Der Europaratsbericht fordert jene auf zu handeln, welche die Unabhängigkeit Kosovos als Teil der

Lösung für den Balkan gefordert haben. Dazu gehören der Kosovo selber, die USA, die EU und auch, die Schweiz. So schrecklich auch die Tatbestände sind, sind sie nicht die einzigen, die eine UÄNberprüfung der Balkanpolitik der Sieger nötig machen. Noch immer benötigen die Minderheiten im Kosovo fremde Schutztruppen (KFOR). Die justizielle Aufbauarbeit der EURechtsstaatlichkeitsmission (Eulex) ist von den kosovarischen Behörden noch nicht akzeptiert. Noch immer lohnt es sich kaum für Private zu investieren. Die Grenzregion zu Serbien (Mitrovica) ist nur dank ausländischer Besetzung unter Kontrolle. Die Versorgung des Landes ist abhängig von Serbien. Für die Bevölkerung im Kosovo ist die Lage schwierig. Die Hoffnungen, welche durch die Schaffung dieses Landes entstanden sind, können nicht im Ansatz erfüllt werden. Deutschland, die USA, die EU, aber auch die Schweiz haben jahrelang auf das Ziel eines unabhängigen Kosovos gearbeitet. Die eigenen Interessen (Kohle, geostrategische Ziele, Migration) wurden höher gewertet als die Vorgaben der UNO (Resolution 1244) und das Internationale Völkerrecht. Die UCK wurde von der internationalen Gemeinschaft nicht gebührend untersucht, obwohl schon damals längst bekannt war, dass sie in sehr viele kriminelle Machenschaften verflochten war und nun einige der damaligen Führer, höchste Staatsämter besetzen. Noch ist, die UNO-Resolution 1244 nicht umgesetzt, es ist also höchste Zeit, dass die UNO ihre Arbeit unabhängig von den Siegermächten umsetzt.

HINWEIS

► * Geri Müller ist Aargauer Grünen-Nationalrat und Mitglied der Aussenpolitischen Kommission.